

Cassel. Am Sonntag fand hier eine von 80 Vertretern des deutschen Landarbeitersverbandes besuchte Versammlung statt, in der nach langer Aussprache einstimmig beschlossen wurde, infolge entstandener Lohnunterschiede in den sofortigen Streik zu treten. Der Ausbruch ist am Montag früh auf den größeren Gutsböden im Bezirk Cassel zum Ausbruch gekommen. In der Geschäftsstelle des Landarbeitersverbandes in Cassel waren bis zum Mittag über 20 Orte gemeldet, in denen der Streik bereits ausgebrochen ist. Weitere Meldungen stehen noch aus, doch ist nach Ansicht des Landarbeitersverbandes mit einer lückenlosen Durchführung des Streikbeschlusses vom Sonntag zu rechnen.

Der Lohn der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen hat für August eine weitere Erhöhung erfahren. Der Mehraufwand für das Rechnungsjahr 1922 beträgt 17 829 000 Mark, wovon allein auf die gewerblichen Betriebe 10 Millionen entfallen.

Im Laufe des Sonntags kam es in der Altstadt wieder zu mehrfachen Schlägereien. Am Graben und in der Hofenstraße wurde je ein Mann schwer verletzt nach der Sanitätskammer gebracht. Eine andere Schlägerei, bei der die Schutzpolizei eingreifen mußte, entstand in der Turmgasse. Der Streik arrete dort in wilde Messerschere aus. Die Schutzpolizei brachte die Beteiligten zur Wache.

Sommer 1922.

Steht das Barometer niedrig,
Regnets auch schon ganz gemühtlich;
Steht das Barometer Mittel,
Nächt es dennoch Häut und Kittel;
Steht das Barometer hoch,
Regnen tut es immer noch.

Chronik des Sages.

- Nach Sabas haben die alliierten Sachverständigen in der Frage der Ausgleichszahlungen entschieden, daß von Deutschland am 15. August die Zahlung der festgesetzten 2 Millionen Pfund zu leisten ist.
- Die Londoner Konferenz wird voraussichtlich nur ein kurzfristiges Moratorium für Deutschland beschließen und die endgültige Entscheidung bis zum November vertagen.
- Die Entscheidung über die endgültige Annahme des Berliner Entkommens in München ist nicht vor Mittwoch zu erwarten.
- Der Kriegs- und Deutschengeher Northcliffe ist gestorben.
- Die deutsche Regierung ließ zwei Protestnoten gegen die „Retrospektions“-Maßnahmen und gegen die Massenauweisungen aus Elsas-Lothringen in Paris überreichen.
- Der Dollar ist an der Berliner Montagbörse von 151 auf 152 (amtlich) gestiegen.

Nachpolitik.

Die neue Regierung hat durch ihren Votischer in Paris zwei Protestnoten überreichen lassen. Die erste behandelt die „Retrospektionen“ wegen der Ausgleichszahlungen und weist nach, daß sie ebenso den Regeln des Völkerrechts wie den Verträgen widersprechen. Der deutsche Votischer erklärt, gegen die Maßnahmen Verwahrung einzulegen und um ihre Aufhebung zu ersuchen. Sollte die französische Regierung auf ihrem Standpunkt verharren, so schlägt die deutsche Regierung vor, einen internationalen Schiedsspruch über die Rechtmäßigkeit der ergriffenen Anordnungen herbeizuführen. Die zweite Note behandelt die Massenauweisungen aus Elsas-Lothringen, gegen die die Reichsregierung nachdrücklich Verwahrung einlegt.

Mit Recht weist die Reichsregierung in ihrer Protestnote darauf hin, daß eine Massenauweisung, die hunderte von Angehörigen eines bestimmten Staates üblich und unvorhersehbar ihrer Existenz beraubt, jeder Völkerrechtlichkeit und aller natürlichen menschlichen Rücksichtnahme widerspricht. Im übrigen besteht, wie in der deutschen Note auch hervorgehoben wird, keinerlei innerer Zusammenhang zwischen den Ausweisungen und der von der französischen Regierung zum Anlaß genommenen Frage der Ausgleichszahlungen. Poincaré gibt vor, lediglich Wiederverwaltungsmaßnahmen, sogenannte „Retrospektionen“, gegen Deutschland ergreifen zu müssen, weil es die Rückzahlung einer Privatfremden aus der Vorkriegszeit einstellte. Aber es ist diese Wiedervergeltung nicht der deutschen Regierung, sondern deutschen Elsas-Lothringern gegenüber, die nicht die geringste Mitschuld trifft. Die Privatguthaben dieser Deutschelassen werden eingezogen, 500 deutsche Familien werden als Vektoren über die Grenze gejagt, weitere 500 werden mit demselben Schicksal bedroht, die Habe der Rückflüchtlinge, die bereits ihre ehemalige Heimat Elsas-Lothringen verlassen haben, wird willkürlich zurückgehalten. Was die französische Presse zur Verteidigung dieser brutalen Nachpolitik anführt, ist völlig unhaltbar. Die Befehle einer neutralistischen Bewegung im Elsas, die die französischen Blätter vortäuschen, ist in Wirklichkeit gar nicht vorhanden. Bei den Ausgewiesenen handelt es sich um kleine Kaufleute, Arbeiter, Handwerker usw., die lediglich ihrem Erwerb nachgehen, und da sie sich beobachtet fühlen, gar nicht wagen, sich irgendwie politisch zu betätigen, geschweige denn für eine Ausweisung des Elsas von Frankreich zu agitieren. Sie standen schon lange auf der Abschiebungsliste, bis sie jetzt, wo die französische Regierung einen günstigen Vorwand zur Ausweisung gefunden zu haben glaubte, von ihrem Schicksal ereilt wurden.

Mitten im „Frieden“ jagt Poincaré die Elsas-Deutschen von Heim und Herd und scheut sich nicht, sich an ihrem Privatvermögen zu vergreifen. Wie begründete doch Poincaré im Haag damals seine Weigerung, sich mit den Vertretern der russischen Regierung an einen Tisch zu setzen? Er hatte den Russen zum Bormann gemacht, sie bekämpften das Balladium des christlichen Staates, das Eigentum. Wie entwürdeln sich doch die Franzosen darüber, daß die Russen

es ablehnten, das nationalisierte ehemalige Privatvermögen seinen Besitzern zurückzugeben. Und was geschieht heute? Heute vergriff sich Poincaré selbst an fremdem Privatvermögen. Jetzt stellt sich heraus, daß dieser treffliche Rechtsanwalt ein ebenso zäher Feind des Privatvermögens — anderer Leute ist, wie nur ein Volkseigent, daß seine Abneigung gegen die Volkseigentümer sich nur auf deren Methode bezog, die allerdings offen und revolutionär ist. Herr Poincaré ist ein Mann der Ordnung, und während er armeneligen Rückflüchtlingen ihr armeneliges Privatvermögen raubt, murmelt er erhabene Sprüche über die Heiligkeit des Privatvermögens.

Immer mehr erkennt die Welt das wahre Wesen dieses Mannes, der selbst vor Gewalttaten gegen unschuldige nicht zurückweicht, wenn er dadurch nur seinem Ziele, der Vernichtung Deutschlands, näherkommt.

Der Streit um das Moratorium.

Die endgültige Entschcheidung auf zwei Monate vertagt?

Wie erinnerlich, hatte die Reparationskommission der Weisregierung ausdrücklich zugesagt, daß spätestens bis zum 15. August, dem Fälligkeitstag der nächsten Reparationszahlung, eine Entscheidung über das deutsche Stundungsanliegen gefällt wird. Die Kommission wollte für ihre endgültige Entscheidung zunächst die Ergebnisse der Konferenz von London abwarten. Nun sind aber die Beratungen der Finanzsachverständigen ergebnislos verlaufen. Weder über den Reparationsplan Poincarés noch über die Gegenvorschläge der britischen Regierung konnte eine Einstimmigkeit unter den Sachverständigen erzielt werden. Nach den letzten Meldungen aus London bleibt am wahrscheinlichsten die Bewilligung eines kurzfristigen Zahlungsaufschubs von sechs bis acht Wochen gegen einige der Zeitdauer angepaßte Garantien — die Bestätigung der Zollentnahmen und die 26-prozentige Abgabe von der Ausfuhr —, über die man sich bereits geeinigt habe. Die genaue Prüfung der deutschen Zahlungsschwierigkeiten und der für ein längeres Moratorium erforderlichen Garantien soll einer neuen Konferenz vorbehalten bleiben, die voraussichtlich erst im November zusammentreten wird.

Um die deutschen Bergwerke und Foren.

Die hauptsächlichsten Meinungsverschiedenheiten zwischen der englischen und der französischen Delegation erstreckten sich auf die Frage der Überwachung der staatlichen Bergwerke im Ruhrgebiet und der Staatsforsten auf dem linken Rheinufer. England will eine Aufsicht über die Bergwerke und Staatsforsten nur zugestehen, wenn Deutschland mit seinen Sachlieferungen in Bezug gerät. Die Franzosen fordern dagegen, daß die Einnahmen aus den Bergwerken und den Forsten den Alliierten sofort zur Verfügung gestellt werden, ohne daß vorher die Feststellung einer neuen deutschen Berechnung abzuwarten wäre. Sie fordern auch das Recht, zur Enteignung der Bergwerke und Forsten zu streifen, falls sich Deutschland einen neuen Verstoß gegen seine verpflichtenden Verpflichtungen zu Schulden kommen ließe. Ein Einvernehmen ist bisher nicht zustande gekommen.

Die Dauer des Moratoriums.

Auch über die Ausdehnung des Moratoriums gehen die Ansichten weit auseinander. Während die Franzosen die deutschen Zahlungen höchstens bis 31. Dezember 1922 standes wollen, gehen die englischen Vorschläge noch viel weiter. Nach dem von der englischen Regierung vorgelegten Plan sollten außerdem für die folgende Periode die von Deutschland für alle im Friedensvertrag vorgesehenen Raten zu leistenden Jahreszahlungen in Form von Reparationskommissionen auf eine Summe festgelegt werden, die über 26 Prozent vom Werte der deutschen Ausfuhr nicht hinausgeht. Von diesen Zahlungen sollen die Befragungskosten abgezogen werden. Der größte Teil dieser beweglichen Jahresraten soll zu Reparationen verwendet werden. Die Jahresrate soll außerdem als Pfand für eine internationale Anleihe dienen können.

Die englischen Vorschläge werden von der französischen Presse rundweg abgelehnt, als „ungeheuerlich“ bezeichnet und die ganze Schuld an einem etwaigen Scheitern der Konferenz Lloyd George zugeschoben.

Lloyd George hat es inzwischen für nötig befunden, einen zweiten Kabinettsrat abzuhalfen, und amtlich wurde danach erklärt, daß das Kabinett Lloyd George für die Verhandlungen über ein Moratorium an Deutschland seine volle Unterstützung zugesagt habe. Beim Scheitern der Konferenz will Lloyd George im Namen der englischen Regierung eine öffentliche Erklärung über die Unmöglichkeit einer Verständigung abgeben.

Zur Festsetzung des Brotpreises.

Eine amtliche Erklärung.

Mit Beginn des neuen Getreideverbrauchsjahres, also um die Mitte August, ist den kommunalverwaltungen eine beträchtliche Erhöhung des Brotpreises angeordnet worden. Da, wie gesagt, der Brotpreis eine wesentliche Steigerung erfahren hat, es die Weisregierung für angezeigt erachtet, die Bevölkerung noch einmal über die Verhältnisse, welche die Erhöhung erforderlich machen, genau aufzuklären.

In der amtlichen Darlegung wird zunächst betont, daß die Höhe des Brotpreises — abgesehen von der nicht unerheblichen Kosten, welche den kommunalverwaltungen durch ihre eigene Verwaltung, den gelegentlichen Ausgaben für Waden usw. entstehen — in der Hauptsache abhängig ist von dem Preise, zu welchem die Weisgetreidebestände des Getreides an die kommunalverwaltungen abgibt. Dieser Abgabepreis ist seit Februar eine Verringerung nicht erfahren und in Deutschland für die verschiedenen Getreidearten 1462 Mark betragen hat, ist jetzt auf 11 300 Mark (10 800 Mark für Roggen und 11 300 Mark

ur Weizen, also reichlich verdoppelt worden. Die Erhöhung hat vorgenommen werden müssen, weil die Preise für das in die öffentliche Hand gelangende Getreide, für inländisches Umlagegetreide und für das aus dem Auslande eingeführte Getreide, stark gestiegen sind. Die Preise für das inländische Umlagegetreide betragen im vergangen Jahre für Roggen 2100 Mark, für Weizen 2500 Mark; sie sind jetzt erhöht worden auf 6900 Mark für Roggen und 7400 Mark für Weizen. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahre, die ihren Grund in der allgemeinen Preissteigerung und damit der gesteigerten Kosten der Produktion findet, ist also beträchtlich, bleibt aber weit zurück hinter den Preisen auf dem freien Markte oder gar auf dem Weltmarkte. Bei der Festsetzung der Preise für dieses Jahr, im Juli, betrug der freie Marktpreis für inländisches Roggen etwa 13 000 Mark, für Weizen ungefähr 18 000 Mark und der Dollar stand etwa 400 Mark. Der Preis für ausländisches Weizen lag noch höher. Mittlerweile sind die Preise noch stark gestiegen. Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß der Mißpreis der für Abgaben der Weisgetreidebestände an die kommunalverwaltungen erhoben werden mußte, eine beträchtliche Erhöhung erfahren mußte. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß in dem Abgabepreis von 11 000 Mark die Umsatzerlöse enthalten sind, werner, daß die Weisgetreidebestände das Getreide freier liefert, und daß die Frachtkosten seit Februar mehrmals beträchtlich erhöht worden sind. Die Erhöhung gegenüber dem im Februar festgesetzten Mißpreis bis jetzt durchgeführten Abgabepreis von 5462 Mark ist mithin über das unumgänglich Notwendige hinausgegangen.

Die Landwirtschaft fordert höhere Preise.

Der deutsche Landwirtschaftsrat wendet sich in einer Eingabe an das Reichsernährungsministerium unter Hinweis auf die starke Entwertung der Mark gegen die festgesetzten Preise für Umlagegetreide, die als viel zu gering bezeichnet werden. Die gesamte deutsche Landwirtschaft sei aufs höchste erbittert über diese Preisfestsetzung, da sie in keinem Verhältnis stehen zu den Erzeugungskosten für das Getreide. Die Landwirtschaftskammern als die berechtigten Interessenvertretungen der Landwirtschaft seien deshalb beim Deutschen Landwirtschaftsrat sehr dringend vorstellig geworden, darauf hinzuwirken, daß dieser gesetzlich festgelegte Preis umgehend abgeändert werde. Der Deutsche Landwirtschaftsrat bittet dringend, daß die Interzessionskommission möglichst bald einzuweisen wird, um nochmals eingehend und in sachlicher Weise die Interzessionsfrage für die landwirtschaftlichen Erzeugungskosten zu prüfen und daraufhin die ganze Preisfrage, die von Tag zu Tag unhaltbarer wird, aufs neue aufzurollen und in einem Sinne zu regeln, die der Landwirtschaft ihre Weiterexistenz ermöglicht.

Gerhart Hauptmann-Festspiele.

Zur Reichspräsidenten in Breslau. Zu den Gerhart Hauptmann-Festspielen in Breslau ist auch der Reichspräsident in der schließlichen Hauptstadt eingetroffen. Er wurde im Rathaus, wo sich die Spitzen der dortigen Behörden und auch Gerhart Hauptmann selbst eingefunden hatte, begrüßt. Begrüßungsworte sprachen der Oberbürgermeister der Stadt Breslau, Dr. Wagner, der Oberpräsident Niederschlesiens Zimmer und der Oberpräsident Oberschlesiens, Witt. Reichspräsident Ebert erwiderte auf diese Ansprache in einer Rede, in der er u. a. ausführte:

Mit der Breslauer Festspielwoche wollen wir einen Teil des Dankes abgeben, den Deutschland Gerhart Hauptmann schuldet; diese Schuld vollends abzutragen, wird Sache des ganzen deutschen Volkes sein. Denn ihm, dem deutschen Erben und Schaffen; im deutschen Volkstum und in unserer Nation haben unseres Volkes würdige Hauptmann treuher hat so wie es in diesem Mitleiden und in wahrer Erlebensgemeinschaft die sozialen Werte der Massen und tragischen Schicksal einzelner aus ihnen erfasst und ihnen Gestalt und Sprache gegeben, die zum deutschen Herzen bringt. So ist sein dichterisches Schaffen immer die Welt an ganzen deutschen Geistes gewesen. Dankbar erkennen wir es an, daß Gerhart Hauptmann auch der Republik freudig die Hilfe seines wichtigsten Wortes ließ, wenn es galt, neben den amtlichen Redatoren des Reiches der Stimme des geistlichen Deutschlands nachzugeben, sei es, um in schwerer Stunde die eigenen Volksgenossen zur Pflicht aufzurufen, sei es, um für eine Verständigung der Völker einzutreten.

Nach weiteren Ansprachen ergreift Gerhart Hauptmann das Wort. Er dankt dem Reichspräsidenten für die ehrenvollen Worte, die er seinem dichterischen Schaffen gewidmet hätte. Aber jede derartige Ehrung müsse weit zurücktreten hinter die Idee, die in diesen Breslauer Festspielen zum Ausdruck kommen sollte. Nichts anderes als Deutschland selbst sei diese Ehrung, die unsere Ziele, unsere Werte und unsere Handlungen durchbringe und bestärke. Der Einzelne, der ein bestimmtes Volkstum seine Mutter nenne, habe schon ein anderes Mutterland geteilt; ein solches Kind, das von der Mutter getrennt ein eigenes Leben lebe, werde eigentlich nie geboren, es bleibe Nebenmehr auf die Mutter in jeder Beziehung angewiesen, ja es bleibe betriebe in der Mutter Schöpfung betriebe die ungezählte Verbundenheit des deutschen Volkes mit den Völkern Deutschlands und wie in warmen Worten darauf hin, was alle dem deutschen Volkstum, unserer Mutter, zu verdanken haben.

Die Aufführungen der Dramen Gerhart Hauptmanns in Breslau fanden überall großen Beifall. In der Festspielwoche hielt Reichspräsident Dr. Ebert in der von Florian Geyer-Aufführung eine Rede, in der er Hauptmanns Verdienste würdigte. Der Reichspräsident verließ, nachdem er dieser Aufführung beigewohnt hatte, Breslau, um verschiedene wichtige Industriewerke Schlesiens zu besuchen.

Politische Rundschau.

Die Reichsregierung hat den bisherigen Stellvertreter der Regierungspräsidenten von Köln, Oberregierungsrat Dr. ... zum Staatsvertreter bei der Gemächten Kommission und dem Schiedsgericht für Oberdeutschland ernannt.

Der Reichsverkehrsminister weist in einem Erlass die Reichsabschlüsse auf die Notwendigkeit einer Abklärung von Kompetenzfragen hin.

Die Universitätskassen haben dem deutschen Gewerkschaften in Bern, Dr. Adolf Müller, in Anerkennung seiner Verdienste um die Organisation der Gewerkschaften in der Schweiz die Würde eines Ehrendoktors verliehen.

Der bekannte frühere westfälische Zentrumspolitiker Graf Droste zu Vischering vollendete am 14. Aug. sein 80. Lebensjahr.

Der Oberpräsident von Brandenburg hat die Zeitungs-„Landbund Solbin“ auf die Dauer von zwei Monaten verboten.

Ein Aufruf des „Hilfsbundes für die Vertriebenen und Flüchtlinge im Reich“ fordert zu einer Sammlung von 100.000 durch die französischen Gewalt-Maßregeln geübten deutschen Stammesbrüder auf.

Die Verbreitung des Zentrums. Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der deutschen Zentrumspartei betont in einer parteiamtlichen Erklärung zu dem Ausproble über die jüngsten Beschlüsse des Reichstags, dass die Partei in der Zukunft eine „Reform“ der Zentrumspartei, wenigstens in grundsätzlichen Sinne, nicht die Absicht ist. Niemand im Reichstagsbüro hat sich als Mitglied der Zentrumspartei betrachtet dürfen, wenn er gewillt sei, auf den Gedanken dieses Programms zu treten und die bisherigen Grundsätze der Zentrumspartei im öffentlichen Leben wahrzunehmen.

Vertagung des Hamburger Sozialistenkongresses. Anfangs Oktober sollte in Hamburg eine Konferenz der 2. Internationale stattfinden, um über die Einberufung des nächsten Weltkongresses der sozialistischen Arbeiterpartei zu verhandeln. Jedoch im Hinblick darauf, dass in nächster Zeit in Deutschland eine Vereinigung der in den beiden sozialdemokratischen Parteien organisierten Arbeiter stattfinden werde, und auf die im Oktober in Paris geplante Konferenz der drei Gewerkschaftsinternationalen (Sonboder, Wiener und Antwerpener Gewerkschaftsinternationalen) hat das Präsidium der 2. Internationale beschlossene, die Hamburger Konferenz zu vertagen, damit in nächster Zeit ein Weltkongress auf breiterer Grundlage durch Hinzuziehung der drei genannten Internationalen einberufen werden kann.

Maßnahmen gegen die Verkehrsnot der Reichsbahn. Um die Wiederkehr der vorjährigen Verkehrsnot, die den Warenverkehr in fast allen Umfängen lähmte und verteuerte, in diesem Jahre zu verhüten, hat der Reichsverkehrsminister in einem fachen herausgegebenen Erlass Richtlinien für die Steigerung der Leistungen des Personals während der schwierigen Herbstkampagne herausgegeben. Es handelt sich dabei um die Steigerung der Leistungen in den für die Betriebsabwicklung wichtigsten Dienstleistungen, besonders dem Zugdienst, und an dienstlichen Tagen, an denen die Betriebsabwicklung besonders gespannt ist und besondere Kraftanstrengung erfordert. Für die in diesen Fällen nötigen Mehrleistungen werden dem Personal (Beamten und Arbeitern) besondere Zulagen gewährt, und zwar werden dabei die Fälle erheblicher Mehrleistungen und besonders schwere Fälle unterschieden. Je nach den Geleisteten beziffert sich die tägliche Zulage auf 30, 35 oder 40 Mark, und in den besonders schweren Fällen auf 60, 70 und 80 Mark pro Tag. Auf diese Weise hofft die Reichsbahn ihr Ziel zu erreichen, die Spitzenleistungen des Herbstes mit dem vorhandenen Personal zu bewältigen. Die vorliegende Maßnahme steht mit der Frage der Erhöhung der Teuerungszulagen in keinem Zusammenhang.

Einigung über die Ausgleichszahlungen? Nach dem haben die Sachverständigen der Alliierten einstimmig beschlossen, daß Deutschland am 15. August die Zahlung für das Ausgleichsverfahren in Höhe von zwei Millionen Pfund Sterling zu leisten habe. In Zukunft soll diese Angelegenheit durch direkte Verhandlungen zwischen den interessierten Staaten und Deutschland geregelt werden. England und Italien hätten bereits mit der Reichsregierung in dieser Angelegenheit besondere Vereinbarungen getroffen. Von zünftiger Seite wird hierzu gemeldet, daß bis jetzt von der Reichsregierung nicht verlangt worden ist. Man darf diese Vereinbarungen zwischen England und Italien auf der einen Seite und Deutschland auf der anderen getroffen seien, wird als unzutreffend bezeichnet.

Die Abstimmung in Oberschlesien. Der zur Herbst Hauptmannsfeier in Breslau wohnende preussische Minister des Innern Seebert soll in Reichstagskreisen gelegentlich eines Frühstücks beim Oberpräsidenten in einer Ansprache der Hoffnung Ausdruck gegeben haben, daß der nächste Grund zu einer Feier der sein möge, daß am 3. September Oberschlesien der sein möge, daß am 3. September Oberschlesien sich mit überwältigender Mehrheit bei der Abstimmung als treue Schwester des preussischen Niederschlesien erweise.

Die Entscheidung in München. Die Wahlnacht zu erwarten. Der Landesausflug der Bayerischen Volkspartei ist zum 16. August nach München einberufen, um Stellung zu nehmen zu dem Ergebnis des Berliner Abkommens. Im gleichen Zuge treten auch die Fraktion der Bayerischen Volkspartei, die Fraktion und der Landesausflug der Bayerischen

ischen Mittelpartei und wahrscheinlich auch des Bayerischen Bundes zusammen.

Rundschau im Auslande.

England: Lord Northcliffe. Der Führer der deutschfeindlichen Ententepresse ist in London an Gicht erkrankt. Lord Northcliffe, der Führer der deutschfeindlichen Ententepresse, ist in London an Gicht erkrankt. Lord Northcliffe, der Führer der deutschfeindlichen Ententepresse, ist in London an Gicht erkrankt.

Irland: Arthur Griffith. Der Vorsitzende des irischen Dailparlamentes Arthur Griffith ist plötzlich gestorben. Arthur Griffith entstammte einer ursprünglich irischen Familie, die seit Generationen in Irland heimisch ist. Sein Vater, ein Schriftsteller, führte ihn in seinen eigenen Beruf ein, und er hatte Arthur Griffith sich über den Segen der irischen Arbeiterbewegung ausgesprochen. Er war als solcher zum ersten Male in der irischen Dail. Nach seiner Rückkehr nach Irland wurde er als Herausgeber und Leiter der Sinn-Freier-Bewegung, der er selbst diesen Namen gab, er wurde die Seele der Bewegung nach der literarischen Seite hin. Nach Schaffung des irischen Parlamentes wurde er zu dessen Vorsitzenden gewählt. Als im vergangenen Januar die Wiederwahl des Valera zum Präsidenten der irischen Republik abgelehnt wurde, wurde Griffith Präsident und führte mit Collins zusammen den Abbruch des Vertrages mit Lloyd George glücklich durch. Von nun an war er der Seele der irischen Irigenten gegen ihn. Doch gelang es Collins, die Irigenten schrittweise zurückzubringen. Unlängst mußten sie ihren letzten Stützpunkt Corc aufgeben.

Portugal: Ende des Streiks. Wie die portugiesische Gesandtschaft in Berlin mitteilt, ist der Streik in Portugal ziemlich beendet. Die Bevölkerung führt ihr normales Leben weiter, und im ganzen Lande herrscht Ruhe. Am letzten Tage des Streiks wurden noch einige Bomben geworfen, die aber keine Opfer forderten. Der Polizeipräsident von Lissabon ist verstorben. Es vermute, daß er Selbstmord verübt hat.

Soziales.

Die neue Teuerungsgesetzgebung der Beamten und Staatsarbeiter. Eine aus Vertretern der Spitzenorganisationen zusammengesetzte Deputation hatte sich zum Reichsfinanzminister begeben, um bei ihm wegen alsbaldiger Einleitung einer neuen Teuerungsgesetzgebung für die Beamten und Staatsarbeiter vorzulegen zu werden. In Abwesenheit des erkrankten Ministers Dr. Hornes wurde die Deputation von Ministerialrat Dr. Kühnemann und Ministerialdirektor v. Schlieben empfangen, die die Wünsche der Organisationen entgegennahmen und den Mitgliedern der Kommission erklärten, daß die Einleitung von alsbaldigen Teuerungsgesetzgebungen aus den Wünschen des Reichsfinanzministeriums entspringe.

Aus Stadt und Land.

Auerkennung für die deutsche Kriminalpolizei. Durch die Berliner Gesandtschaft der Niederlande ist dem Berliner Kriminalkommissar v. Aeblermann ein Schreiben des niederländischen Justizministers übergeben worden, worin diesem Beamten der Dank für die hervorragenden Dienste, die er bei der Ermittlung der Unfertigen von falschen niederländischen Banknoten in Deutschland der niederländischen Regierung erwiesen hat, ausgesprochen wird.

Graspläubung. Auf dem katolischen Friedhofe in Engelskirchen (Nabg. Köln) wurde die Grube der Grafen von Nesselrode von Einbrechern gewaltsam geöffnet. Die Täter haben von mehreren Särgen die Beisetzungen abgeholt und einen vergoldeten Christusföcher entfernt. Die Zinskärge sind unverändert geblieben.

Schwer bestrafte Vergesslichkeit. Einen schweren Verlust erlitt eine Dame durch ihre eigene Vergesslichkeit. Sie ließ in einem Zuge zwischen Hildesheim und Verden die Handtasche, die u. a. ein Verlehnshandbuch in Werte von mehr als einer Million Mark enthielt, liegen. Die Eigentümerin hat eine Belohnung von 50.000 Mark auf die Wiederherbeschaffung der Kette ausgesetzt.

Mord im Gerfensfeld. In der Gemeinde Gerfensfeld bei Würzburg wurde ein 40-jähriger Mann mit eingeschlagenem Schädel tot in einem Gerfensfeld aufgefunden. Mordung und Geld waren dem Toten geraubt.

Denkmalschändungen auf den Epitaphen Höhen. Die Erinnerung an die im Jahre 1870-71 gefallenen Soldaten auf den Epitaphen Höhen ist leider zerstört worden durch schandvolle Zerstörungen an den Denkmälern und Gräbern dieser Helden, die bei der Errichtung der Epitaphen Höhen gefallen sind. Es handelt sich dabei um systematische Zerstörungen sowohl an deutschen als auch an französischen Kriegergäbern. Unangenehm berühren auch die Ausgrabungen von deutschen Kriegergäbern in der lothringisch-saarländischen Grenzgegend.

Ein Weltumsegler. Der aus Deutschland georigte Bootsmann Wilhelm Sommer kehrte nach vierjähriger Abwesenheit von der Heimat nach Deutschland zurück. Er hat seit 1882 die ganze Welt als Seemann auf englischen Schiffen durchgesehen, war 5 Jahre in Australien interniert und tut jetzt als 61-jähriger Mann auf dem Räderdampfer „Rügen“.

Explosionsunglück in Frankreich. Durch Entzündung alten Pulvers, das von der Militärbehörde zum Verbrauch als Düngemittel für Zuckerrübenplanzen verkauft worden war, entstand in Fort-de-France eine Explosion. Sämtliche Arbeiterhütten wurden zerstört, das Haupthaus und das Werk beschädigt. Mehrere Personen wurden verletzt, andere getötet. Die Stadt erlitt keinen Schaden.

Die Hite in Ostasien. Seit Hoche Herrschaft in Japan und dem chinesischen Hinterland eine factische Hite von 100 bis 115 Grad Fahrenheit im Schatten (etwa 38 bis 48 Grad Celsius). Bis zu 48 Grad Celsius wurden in Peking und Tientsin verzeichnet.

Ein Zentralschiff in Senegal. Der Zentralschiff „Abriatic“ kehrte durch Frankreich mit, daß eine Explosion an Bord stattgefunden habe, durch die zwei Matrosen getötet und fünf verwundet wurden. Der Dampfer hat 900 Passagiere an Bord. Er hofft, mit eigener Kraft nach Newyork zu kommen.

Vom Briefmarkensammler zum Millionär. London erhält augenblicklich den Besuch eines der reichsten Industrielapitäne Amerikas, Samuel Jessell, der dort seine Kräfte verbracht hat. Jessell war noch vor 45 Jahren in der Londoner City Briefmarkensammler. Heute ist er ein Dollarmillionär, der Präsident der größten Elektrizitätsgesellschaft der Welt und der Führer einer Industrie, deren Kapital mehrere Tausend Millionen Dollar umfaßt. Sein Aufstieg begann im Jahre 1881, als er nach Amerika ging und sich dort einige Erfahrung als Stenograph und Journalist erworb. Er wurde der erste Privatsekretär von Thomas Edison, und bald zeigte sich seine außerordentliche Fähigkeit im Organisieren großer Unternehmungen, so daß er innerhalb von zehn Jahren der geschäftliche Leiter der Edison'schen Fabriken wurde.

Kleine Nachrichten.

- Das Kriegerdenkmal des Infanterieregiments 77 in Celle ist ohne besondere Feierlichkeit der Öffentlichkeit übergeben worden. Die Einweihungsfeier war verboten worden.
- Die Wisnauer Ingenieur-Akademie, die etwa 500 Studierende, darunter 200 Ausländer umfaßt, wird am 1. Oktober nach Oldenburg verlegt werden.
- Zu Ehren ihres Vorkämpfers Otto Hartmann, der am 18. August seinen 80. Geburtstag begeht, haben die zum Verbände der Tierärztvereine des Deutschen Reiches zusammengeschlossenen Körperschaften eine Otto-Hartmann-Stiftung errichtet.
- Die Hamburger Ueberseeboote wurde eingeleitet mit der Eröffnung einer kunstgewerblichen Export-Ausstellung, die für das ange Zusammenarbeiten der geistigen und künstlerischen Kreise und von Handel und Industrie Zeugnis ablegt.

Sport und Verkehr.

Zwei neue Fokker-Flugzeuge. Aus Amsterdam wird gemeldet, daß der Ingenieur Fokker zwei neue Typen von Fokker-Flugzeugen ausprobiert. Die zwei neuen Flugzeuge sollen eine Traglast von 3750 Pfund haben. Sie sollen innerhalb sechs Stunden unterwegs sein können und in jeder Kabine 6 Passagiere mit sich führen. Die mittelmäßige Geschwindigkeit der Apparate soll über 100 Meilen pro Stunde betragen.

lokales.

Gedenkfeier für den 15. August. 1740 — Der Dichter Mathias Claudius in Meinfeld († 1815). 1760 Sieg Friedrichs d. Gr. über die Oesterreicher bei Stanitz. 1763 Napoleon I. in Macao († 1821). 1771 — Der englische Dichter Sir Walter Scott in Edinburgh († 1832).

Die neuen fünf-hundertmarkigen Stellen nicht gerade das Ideal künstlerischer Banknoten dar. Sie sind nur auf der einen Seite in einfachem Buchdruck mit Worten versehen, während die andere Seite hübsch weiß geblieben ist, so daß Spagbügel die neuen Scheine mit „Notizgell“ getauft haben. Die freie Mitteilungsseite ist in der Tat eine so ungewohnte Sache, daß sich folgendes Geschicklichen, für deren Echtheit verbürgt wird, zutragen konnte: Ein großes industrielles Werk hatte zur Reichsbank um Lohngelehrer geschickt. Es erhielt zwei Millionen Mark in den neuen Notizzetteln ausgehändigt, sandte das Geld jedoch umgehend zurück mit dem Bemerken, die Scheine seien verächtlich nur einseitig bedruckt.

Prüfung von Geschäftsendungen durch die Eisenbahn. Amlich wird mitgeteilt: Als Reisegepäck können bekanntlich nur Gegenstände, deren der Reisende

Wollen Sie bauen?

Dann benutzen Sie die seit langem bewährte AMBI-Massivbausteine. AMBI-Steine (D. R. P. und Weltpatent) können von jedermann in einfacher Weise auch unmittelbar an der Baustelle aus überall vorhandenen Hohlsteinen (Ries-Sand, Kots-Schlacke, usw.) durch Stampfen in den AMBI-Formen hergestellt werden. AMBI-Formen werden auch o. l. ehen. Große Eisenarme an Transportlohn, Lohn und Zeit. „AMBI-Massiv“ ist die beste Siedlungsbaustoffe und erhebt im Wettbewerb des Deutschen Zement-Bundes (Herbst 1921) unter 54 Bewerbern den ersten Preis. Fordern Sie Druckschriften M der AMBI-Werte Abt. II/1, 52 Berlin SW 68, Kochstr. 18.

Leipziger Herbstmesse (26. Aug. bis 2. Sept. 1922)
Eigene Ausstellungshäuser
1. Ausstellungsgegend, AMBI-Haus
2. Danneberg, Markt 8 (Hof), AMBI-Haus

